

Wie eine Partei
von ihrer unheilvollen
Geschichte profitiert

Schreibt die PDS eine Erfolgsgeschichte?

Eckhard Jesse

Die kommunistische DDR-Diktatur wurde von den Massen hinweggefegt, als sich die erste Gelegenheit bot. Durch den Mauerbau am 13. August 1961 – ein Akt gegen die eigene Bevölkerung – erhielt das Regime vorübergehend eine Atempause, doch es gewann keine Stabilität. Am 9. November 1989, nachdem es in der DDR zunächst zu einer Flucht-, dann zu einer Demonstrationsbewegung gekommen war, öffnete die brüchig gewordene Diktatur in ihrer Verzweiflung den „antifaschistischen Schutzwall“. Mauerbau und Mauerfall hatten den gleichen Zweck: die Sicherung der DDR. Das nutzte nichts. Kein Jahr nach der makabren Feier zum vierzigsten Geburtstag der DDR gab es diese nicht mehr. Der Freiheit folgte schnell die Einheit.

Verluste und Gewinne

Die SED, die erst Erich Honecker und dann Egon Krenz geopfert hatte, um zu retten was – nicht – zu retten war, löste sich keineswegs auf, sondern benannte sich im Dezember 1989 unter Gregor Gysi in SED/PDS um. Seit dem Februar 1990 heißt sie nur noch „Partei des Demokratischen Sozialismus“. Im Vergleich zur ersten und letzten demokratischen Volkskammerwahl am 18. März 1990 verlor die PDS 1990 bei den Kommunal-, den Landtags- und den ersten gesamtdeutschen Bundestagswahlen (am 6. Mai, 14. Oktober und 2. Dezember) kontinuierlich Stimmen: Der auf die PDS abgegebene Anteil fiel von 16,4 (Volkskammerwahlen) über 14,0 (Kommunalwahlen) und

12,7 (Landtagswahlen) auf 11,1 Prozent (Bundestagswahlen) im Osten.

Obwohl die PDS bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 nur 2,4 Prozent erzielte und lediglich ein Direktmandat (durch Gregor Gysi) gewonnen hatte, gelangte die PDS in den Deutschen Bundestag. Wie kam es dazu? Der Wahlvertrag zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland vom 3. August 1990 sah eine bundesweite Sperrklausel vor und – nur für die Bundestagswahl 1990 – eine Listenverbindung nicht miteinander verbundener Parteien. Diese Regelung basierte auf einem Kompromiss zwischen SPD und der Union. Die SPD konnte die bundesweite Sperrklausel durchsetzen (um die PDS auszuschalten – lang, lang ist es her!), die Union die Installierung der Listenverbindung (um der DSU zum Einzug in den Bundestag zu verhelfen).

Die Klage von Abgeordneten der Grünen, der PDS und der „Republikaner“ gegen den Wahlvertrag hatte Erfolg. Beide Bestimmungen wurden „gekippt“: Da die erste gesamtdeutsche Wahl unter besonderen Bedingungen stattfindet, sei es nicht angängig, die Fünfprozentklausel auf das gesamte Bundesgebiet zu beziehen. Eine Partei könne dann in den Bundestag gelangen, wenn sie in einem der beiden Wahlgebiete fünf Prozent der Stimmen erreicht habe. Die Listenverbindung miteinander nicht konkurrierender Parteien verstoße gegen die Chancengleichheit, da nur ein kleiner Teil der Parteien im anderen Teil Deutschlands Partner finde.

So zog die PDS nur deshalb in den Bundestag ein, weil das Bundesverfassungsgericht eine wesentliche Bestimmung des Wahlvertrages für ungültig erklärt hatte. „Was wäre gewesen, wenn“-Fragen sind müßig, doch es spricht vieles dafür, dass die Partei ohne die Entscheidung des Gerichtes – und damit ohne die Tribüne des Bundesparlamentes – es viel schwerer gehabt hätte, salonfähig zu werden.

In der Folge gewann die PDS beständig an Stimmen dazu – im Osten wie im Westen (hier freilich auf einem ungleich geringeren Niveau). Bei der Bundestagswahl 1994 steigerte sie sich auf 4,4 Prozent (Ost: 19,8 Prozent; West: 0,9 Prozent) und bei der Bundestagswahl 1998 auf 5,1 Prozent (Ost: 21,6 Prozent; West: 1,2 Prozent). In Sachsen und Thüringen kam sie bei den Landtagswahlen 1999 auf den zweiten Platz hinter der CDU. Offenbar hat es die PDS in demagogischer Manier zum Teil verstanden, sich als Interessenwahrnehmer „des Ostens“ zu profilieren.

Akzeptanz der PDS

Aber die Stimmengewinne der Partei sind nur ein Teil ihres Erfolges: Die PDS, die 1990 gesellschaftlich isoliert war, zählt heute weithin zum Verfassungsbogen. Seit 1994 durch Tolerierung der Regierung von Sachsen-Anhalt („Magdeburger Modell“) indirekt an ihr beteiligt – im Frühjahr 2002 folgt voraussichtlich eine „reguläre“ SPD/PDS-Koalition – ist sie seit 1998 Juniorpartner der SPD in Mecklenburg-Vorpommern („Schweriner Modell“). Diese Länder, die sich durch eine hohe Verschuldung auszeichnen, sind die Schlusslichter in Deutschland.

Ausgerechnet in Berlin, wo das Land sparen muss, könnte die PDS vierzig Jahre nach dem Mauerbau in eine von der SPD dominierte Regierung eintreten. Damit wäre sie zum ersten Mal an der Macht in einem Land beteiligt, das aus einem Ost- und einem Westteil besteht („Berliner Modell“). Die PDS, die das Füllhorn

sozialer Wohltaten ausschütten will, soll zur Konsolidierung Berlins beitragen. Das erscheint wie ein Treppenwitz der Geschichte! Wer dies zur Zeit der deutschen Einheit vorhergesagt hätte, wäre als Fantast bezeichnet worden; wer dies heute bestreitet, gilt ebenso als Fantast.

Das politische Koordinatensystem hat sich binnen eines Jahrzehnts grundlegend verschoben. Gregor Gysi wird nicht müde, diesen Sachverhalt in seinem neuen Buch *Ein Blick zurück, ein Schritt nach vorn* hervorzuheben. Dieses ist übrigens in einem bürgerlichen, nicht in einem PDS-nahen Verlag erschienen. Der antiextremistische Konsens ist zum Teil von einem antifaschistischen Konsens abgelöst worden. So demonstrierte die PDS am 9. November 2000 gemeinsam mit den demokratischen Parteien gegen „Rechts“. Im Deutschen Bundestag wurde in der Folge ein Antrag „gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“ angenommen – mit den Stimmen der PDS, die eine „Haltet den Dieb“-Strategie praktiziert – und gegen die Stimmen der Union. Kaum jemand, der die öffentliche Meinung prägt, bezeichnet die Partei oder Teile von ihr noch als linksextremistisch.

Verhältnis zur Demokratie

Dabei ist die PDS keineswegs ein Gralshüter der parlamentarischen Demokratie. In ihrem noch gültigen Programm aus dem Jahre 1993 einigte sich die PDS auf den folgenden Kompromiss: „In der PDS haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse positiv zu verändern und schrittweise zu überwinden.“

Ihr neuer Programmentwurf vom April 2001, den die „Reformer“ André Brie, Michael Brie und Dieter Klein ver-

fasst haben, ohne die dafür gewählte Programmkommission einzubeziehen, ist zwar etwas gemäßiger formuliert, stellt aber keine prinzipielle Absage an frühere Aussagen dar (siehe hierzu auch Viola Neu in dieser Ausgabe). So heißt es: „Der moderne Kapitalismus, die Vorherrschaft des ‚Nordens‘ über den ‚Süden‘, das heutige Patriarchat, die exzessive Naturausbeutung und Degeneration der Lebensbedingungen heutiger und zukünftiger Generationen sind Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse. Durch sie werden die Potenziale dieser neuen gesellschaftlichen Entwicklungsweise im Interesse weniger und auf Kosten anderer angeeignet. Wir wollen diese Verhältnisse verändern und letztlich überwinden.“ Wegen der innerparteilichen Spannungen – manchen gehen diese Formulierungen nicht weit genug – will die Partei ihr Programm nicht vor der Bundestagswahl 2002 verabschieden.

Gewiss, die PDS ist nicht (mehr) die SED. Sie muss in einem demokratischen System agieren. Der programmatische Wandel ist offenkundig, und die innere Struktur zeichnet sich nicht durch „demokratischen Zentralismus“ aus. In der Partei ringen höchst unterschiedliche Strömungen um Einfluss. Aber: Die Parteiführung ist weder willens noch fähig, Kommunisten auszuschließen. Im Gegenteil: Sie bezeichnet diese als Demokraten.

Zugleich kritisiert Gysi Sahra Wagenknecht von der Kommunistischen Plattform wegen ihrer Ablehnung des Pluralismus: „Im Klartext bedeutet dies, dass Sahra Wagenknecht und ihre Mitstreiterinnen und Mitstreiter den Pluralismus in der PDS nur so lange anerkennen, wie sie eine Minderheit bilden. Sollten sie aber jemals die Mehrheit erreichen, dann würde auch der Pluralismus in der PDS sofort überwunden werden.“ Nicht nur in der PDS, bliebe zu ergänzen. Wagenknecht

aber gehört dem PDS-Vorstand an! Das Argument, die Zeit der inneren Spaltung müsse überwunden werden, hat seine Berechtigung. Allerdings können dies nicht die Anhänger einer Koalition mit der PDS ins Feld führen. Es ist ein gewaltiger Unterschied, ob man ehemaligen Parteigängern des Regimes, die einen glaubhaften Wandel vollzogen haben, eine Mitarbeit in der neuen Ordnung anbietet oder ob eine Partei in die Regierungsverantwortung genommen wird, die wahrlich nicht als Muster demokratischer Zuverlässigkeit firmiert und sich gegen eine intensive Vergangenheitsbewältigung sträubt.

Mit der – gleichwohl halbherzigen – Erklärung des Parteivorstandes der PDS zum Mauerbau vom 2. Juli dieses Jahres – eine Entschuldigung blieb aus – will sie sich offenkundig das Entrée zur Macht verschaffen. Auf einem Parteitag wäre ein Beschluss in dieser Form wohl nicht zustande gekommen.

Die DDR als Unrechtsstaat

Die Partei wehrt sich mit Händen und Füßen dagegen, die DDR als Unrechtsstaat zu klassifizieren. Das gilt für die frühere Führung um Lothar Bisky und Gregor Gysi ebenso wie für die heutige um Gabriele Zimmer und Roland Claus. Wer weiß, wie Leute in der DDR verfolgt wurden (und wer es wissen will, weiß es) – sei es durch „Maßnahmen der Zersetzung, sei es durch Verhaftungen“ –, muss eine solche Leugnung als Verhöhnung der Opfer ansehen. Recht stand in der DDR stets unter dem Vorbehalt des Politischen. Von einer Unabhängigkeit der Justiz kann keine Rede sein.

Die Ausflüchte der PDS, weswegen die DDR es nicht verdiene, als Unrechtsstaat bezeichnet zu werden, sind verräterisch, jedoch leicht widerlegbar. Gewiss, habe es in der DDR Unrecht gegeben, aber das rechtfertige nicht den abwertend-plakativen Terminus „Unrechtsstaat“. Damit würde ja die Lebensleistung der Men-

schen nachträglich unangemessen entwertet. Und die DDR mit dem Unrechtsstaat des Dritten Reiches zu vergleichen laufe auf eine Gleichsetzung hinaus, die empörend sei.

Wer hervorhebt, dass es in der DDR Unrecht gegeben habe, kreist in apologetischen Argumentationsbahnen. Auch in der Bundesrepublik existiert zuweilen Unrecht, ohne dass deswegen der Rechtsstaat in Gefahr ist. Wieso leugnet „Leistungen“ von Menschen, wer die DDR als Unrechtsstaat apostrophiert? Tatsächlich konnte sich das System ja niemals auf die Bürger stützen. Diese sind doch nicht für dessen Unrechtscharakter verantwortlich zu machen. Auch wenn es unangemessen ist, die beiden deutschen Diktaturen gleichzusetzen (das macht ohnehin kein vernünftiger Politiker): Es erscheint sinnvoll, diese unter den Oberbegriff des Unrechtsstaates zu fassen, weil ihnen zentrale rechtsstaatliche Elemente fehlten. Im Übrigen lässt die PDS beim Dritten Reich das Etikett des Unrechtsstaates zu. Da gilt Vorbehalt einer zu achtenden „Leistung“ nicht.

Warum wendet sich die gesamte PDS – dem Verfasser ist kein Repräsentant der Partei bekannt, der die DDR als Unrechtsstaat bezeichnet – so vehement gegen diesen Terminus? Offenkundig deshalb, weil es ihr darum geht, die DDR nicht *in toto* als illegitim erscheinen zu lassen. So heißt es in dem Sondervotum der PDS in der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“:

„Es kann nicht akzeptiert werden, wenn ausschließlich dem parlamentarischen Weg in die Bundesrepublik Deutschland, bei dem überdies die weichenstellenden Entscheidungen nicht souverän von der Bevölkerung getroffen werden konnten, Legitimität zugesprochen wird.“

Beide deutsche Staaten entstanden als Fernwirkung des deutschen Faschismus

und des von ihm entfesselten Krieges, im Gefolge des in Deutschland von den Alliierten installierten Besatzungsregimes und im Zeichen des Kalten Krieges – im September 1949 die Bundesrepublik Deutschland und einen Monat darauf die DDR. Weder im Westen noch im Osten sind die Bürgerinnen und Bürger ausdrücklich befragt worden, ob sie in einem separaten deutschen Staat leben wollen, doch hatten sich hier wie da die kulturbestimmenden Parteien in vorausgegangenen Landtagswahlen solide Mehrheiten für ihre Politik beschafft. Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland war von Parlamentswahlen begleitet, die Gründung der DDR von einer öffentlich geführten Verfassungsdiskussion und der ihrem Charakter nach außerparlamentarischen Volkskongressbewegung für Einheit und gerechten Frieden, die von der überwiegenden Mehrheit der organisierten politischen und gesellschaftlichen Kräfte getragen war. Beide Staatsgründungen waren durch neugeschaffene gesellschaftliche Realitäten vorbereitet:

Die Gründung der Bundesrepublik Deutschland durch die Rückkehr zu bürgerlich-parlamentarischen Strukturen, durch die Einbeziehung in den Marshall-Plan und durch eine Währungsreform, die nicht nur Deutschland ökonomisch spaltete, sondern auch allen über den Kapitalismus hinausweisenden wirtschaftspolitischen Vorstellungen den Boden entzog; die Gründung der DDR durch tief greifende strukturelle Veränderungen, wie sie vor allem im Ergebnis der Bodenreform und in Auswirkung des sächsischen Volksentscheids über die Enteignung der Betriebe der Nazi- und Kriegsverbrecher entstanden waren, durch Übergang zur Wirtschaftsplanung, durch die Gewinnung beträchtlicher Teile der Bevölkerung für eine Politik der Nationalen Front und durch die Bereitschaft aller Parteien zur Beteiligung an der Regierung.“

Dieses zusammenhängende Zitat, das einerseits den diktatorischen Charakter der DDR beschönigen und andererseits den demokratischen der Bundesrepublik herunterspielen will, ist hier bewusst so ausführlich gehalten worden, um die geschichtspolitische – nämlich geschichtsklitternde – Haltung der PDS aufzuzeigen. Es ließe sich leicht um weitere Belege verlängern. Die Diktatur der DDR hatte keine Fehler, sie war der Fehler – ein System, das auf den Bajonetten der Sowjetunion basierte. Aber eben dazu ringt sich die PDS-Spitze nicht durch, wohl auch deshalb nicht, weil sie weiß, dass die „Basis“ dies nicht mittragen würde.

Erfolgsgeschichte und Makel

Ist die Geschichte der PDS nun eine Erfolgsgeschichte? Gewiss hat sich die Partei in einem nicht für möglich erachteten Maße gegenüber dem Jahr 1990 gesteigert. Im Vergleich zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl konnte sie bei der dritten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1998 ihren Anteil mehr als verdoppeln. Und: Was 1990 undenkbar war, ist eingetreten. Sie gilt heute für die SPD als eine koalitionsfähige Partei – wahrschein-

lich bald auch im Bund. In den Medien ist sie mehr geachtet als geächtet. Diese Entwicklung hätte sie sich in ihren kühnsten Träumen nicht vorstellen können.

Gleichwohl: Ihren Erfolgen haftet ein Makel an. Sie ist keine Partei, die sich durchgehend demokratischen Prinzipien verpflichtet weiß. Sie zieht Nutzen von Ressentiments mancher Ostdeutscher gegenüber dem demokratischen Verfassungsstaat und schürt diese. Eine Paradoxie liegt darin begründet, dass die PDS gerade von der verheerenden Hinterlassenschaft ihrer Vorgängerin profitiert. Wäre das Desaster des „real existierenden Sozialismus“ nicht so groß gewesen (und damit leichter und schneller zu bewältigen), könnte sie nicht so viel Zuspruch finden.

Auch wenn viele das bestreiten: Sie ist keine „normale“ Partei. Die PDS benötigt den Konflikt zwischen Ost und West. Die stärker reformorientierte Führung stützt sich auf eine „Basis“, die stark an (n)ostalgieischen Vorstellungen hängt. Die DDR gilt vielen der PDS-Anhänger als der bessere deutsche Staat. Es ist sehr fraglich, ob ein solcher Spagat zwischen Führung und „Basis“ auf die Dauer gut geht.

Prüfung der Abwehrkräfte

„Terrorismus testet die Einsatzbereitschaft und Organisationsfähigkeit für eine offene Gesellschaft. Mehr Polizei, Strafverschärfung, bessere Fahndungsapparate bleiben letztlich unwirksam, wenn das Terrorproblem verstaatlicht wird und nicht aus subjektivem Betroffensein eine gesellschaftspolitische Abwehr erwächst, die ihre demokratische Wertbindung permanent überprüft, ihre Gegner ausmacht und jene Grenze zieht, hinter der diese Gegner Feinde sind. Die Notwendigkeit solchen Engagements ist zu bekennen und gemeinsam durchzustehen, nicht Ressorts zuzuschieben. Andernfalls würden Positionen geräumt, über die Terrorismus vordringt und eine Atmosphäre von Angst, Misstrauen und Isolation verbreitet, in welcher das menschliche Leben vergifteter ist als unter der unmittelbaren Wirkung eines Terroranschlags.“

(Manfred Funke; 1977; in: *Terrorismus – Untersuchungen zur Struktur und Strategie revolutionärer Gewaltpolitik*; Düsseldorf; Hrsg. Manfred Funke)